

UNTERRICHTUNG

durch die Präsidentin des Landtages

Tätigkeitsbericht der Parlamentarischen Kontrollkommission für das Jahr 2024

Mit dem beigefügten Bericht, den ich hiermit dem Landtag zur Kenntnis gebe, informiert die Parlamentarische Kontrollkommission über die Kontrolle der Landesregierung in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes im Jahr 2024.

Birgit Hesse
Präsidentin

Die Parlamentarische Kontrollkommission ist gemäß § 29 des Landesverfassungsschutzgesetzes für die Kontrolle der Landesregierung in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zuständig.

Sie besteht aus fünf Mitgliedern, die nicht der Landesregierung angehören dürfen. Die Mitglieder wählt der Landtag aus seiner Mitte zu Beginn der Wahlperiode. Zwei Mitglieder sollen der parlamentarischen Opposition angehören. Der Vorsitz wechselt jährlich zwischen der parlamentarischen Mehrheit und der parlamentarischen Minderheit.

Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission sind:

Philipp da Cunha (Fraktion der SPD)
Ralf Mucha (Fraktion der SPD)
Torsten Renz (Fraktion der CDU)
Michael Noetzel (Fraktion DIE LINKE)
Dr. Harald Terpe (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Vorsitz oblag im Jahr 2024 Herrn Michael Noetzel.

Das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung hat die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, das Lagebild und über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten.

Die Parlamentarische Kontrollkommission ist gemäß § 4 Satz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes auch das Gremium zur politischen Kontrolle der Maßnahmen nach dem Artikel 10-Gesetz.

Die Parlamentarische Kontrollkommission hat im Jahr 2024 bisher insgesamt neun Sitzungen durchgeführt. Wie im Jahr 2023 hat auch im Jahr 2024 am 8. Juli 2024 eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Inneres, Bau und Digitalisierung stattgefunden. Im Anschluss daran hat die Parlamentarische Kontrollkommission erstmals in der Geschichte des Landtages Mecklenburg-Vorpommern eine öffentliche Sitzung durchgeführt. In dieser Sitzung, an der alle Mitglieder des Landtages teilnehmen konnten, stand thematisch insbesondere der Verfassungsschutzbericht 2023 im Vordergrund.

Bei Nachfragen seitens der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission erfolgte zumeist die sofortige Beantwortung. Soweit dies im Einzelfall nicht möglich war, wurde die Beantwortung im Nachgang entweder mündlich oder schriftlich nachgeholt.

Hinsichtlich aller berichteten Maßnahmen wurden seitens der Parlamentarischen Kontrollkommission keine Beanstandungen festgestellt.

Die Tagesordnungspunkte der Sitzungen waren:

- Wahl des Vorsitzenden (jährlich),
- sechs Berichte des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung gemäß § 29 Absatz 1 des Landesverfassungsschutzgesetzes, insgesamt hat die Verfassungsschutzbehörde ca. 210 Seiten vorgetragen
 - über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, das Lagebild und über die Vorgänge von besonderer Bedeutung,
 - über den Erlass und über die Einhaltung von Verwaltungsvorschriften sowie über den Verfassungsschutz betreffende Eingaben,
- sechs Unterrichtungen durch den Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung über die Durchführung des Artikels 10 des Grundgesetzes gemäß § 4 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes,
- Bericht über Jahresabschluss Haushalt 2023,
- Lagebericht zum Einsatz von Vertrauensleuten 2024 (gemäß § 10a Absatz 3 des Landesverfassungsschutzgesetzes),
- Bericht über die Beobachtungsobjekte,
- Verfassungsschutzbericht 2023 (u. a. öffentliche Sitzung),
- Bericht zum Strategieprozess und zur Schwerpunktsetzung der Abteilung Verfassungsschutz,
- Vorstellung von neuen Ansätzen bei der Auswertung.

Die Parlamentarische Kontrollkommission hat sich mit den nachfolgend aufgeführten Themen befasst:

Rechtsextremismus und -terrorismus

Die Tätigkeiten der Verfassungsschutzbehörde im Phänomenbereich Rechtsextremismus waren ein wesentlicher Schwerpunkt der Sitzungen. Der Rechtsextremismus stellt weiterhin eine der größten Gefahren für die freiheitliche demokratische Gesellschaft in Deutschland und damit auch in Mecklenburg-Vorpommern dar. Das Personenpotenzial ist weiterhin auf einem unverändert hohen Niveau. Entsprechend intensiv erfolgte auch die Bearbeitung durch die Verfassungsschutzbehörde. Die Parlamentarische Kontrollkommission wurde über die Aktivitäten und Entwicklungen der Szene fortlaufend informiert.

Reichsbürger und Selbstverwalter

Durch die Verfassungsschutzbehörde wurde auch über die aktuellen Entwicklungen ausgehend von Reichsbürgern und Selbstverwaltern berichtet. Reichsbürger und Selbstverwalter umfassen Einzelpersonen und Gruppierungen, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland anzweifeln und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren. Insofern ließ sich die Parlamentarische Kontrollkommission über Strukturen und Aktivitäten in diesem Phänomenbereich informieren.

Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates

Auch über diesen Phänomenbereich, der sich während der Corona-Pandemie entwickelte, ist im Berichtszeitraum berichtet worden. Die Bestrebungen sind von Verschwörungserzählungen geprägt und zielen darauf ab, wesentliche Verfassungsgrundsätze außer Geltung zu setzen oder die Funktionsfähigkeit des Staates zu beeinträchtigen.

Linksextremismus

Im Berichtszeitraum ist ebenfalls gründlich über die Entwicklungen, Aktionsfelder und Strukturen im Bereich des Linksextremismus in Mecklenburg-Vorpommern informiert worden. Linksextremisten wollen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abschaffen, um an deren Stelle ein kommunistisches System oder eine „herrschaftsfreie“ anarchistische Gesellschaftsform zu errichten.

Islamismus/Islamistischer Terrorismus

Die Verfassungsschutzbehörde hat detailliert über die Gefahren, die vom islamistischen Extremismus/Terrorismus für die Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern ausgehen, berichtet. Die hohe Gefährdung besteht fort und hat sich seit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 weiter erhöht. Die Sammlung von Informationen über den islamistischen Extremismus/Terrorismus stellt ein weiteres wesentliches Aufgabenfeld der Verfassungsschutzbehörde dar. Die Parlamentarische Kontrollkommission wurde dementsprechend über die aktuellen Entwicklungen sowie den Kenntnisstand zu Szeneangehörigen und Gruppierungen informiert.

Auslandsbezogener Extremismus

Über die Situation, die vom nicht islamistischen auslandsbezogenen Extremismus ausgeht, ist durchgehend berichtet worden. Hierunter fallen Organisationen mit Ideologieelementen aus dem Rechts- und Linksextremismus sowie Organisationen, die separatistische Bestrebungen in ihren Heimatländern verfolgen. Schwerpunkt in Mecklenburg-Vorpommern sind hier die Aktivitäten der „Arbeiterpartei Kurdistans“.

Hybride Bedrohungen/Spionageabwehr

Die Parlamentarische Kontrollkommission befasste sich auch mit den Entwicklungen der „Hybriden Bedrohungen“. Diese Thematik stellt für die Verfassungsschutzbehörde einen weiteren wesentlichen thematischen Schwerpunkt dar. Unter „Hybriden Bedrohungen“ ist die illegitime Einflussnahme durch fremde Staaten durch den koordinierten Einsatz verschiedener Instrumente wie Cyberangriffe, Sabotage kritischer Infrastruktur oder auch der Einflussnahme durch Desinformation zu verstehen. Insbesondere seit dem Beginn des Angriffs von Russland auf die Ukraine ist ein Anstieg entsprechender Aktivitäten in Deutschland feststellbar. Gerade Mecklenburg-Vorpommern ist vor dem Hintergrund der sicherheitspolitisch und geostrategisch exponierten Ostsee Lage Teil des bundesweiten Gefahrenraumes. Über die aktuellen Lageentwicklungen und die getroffenen Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde, die in diesem Themenfeld bereits als Koordinierungs- und Ansprechstelle in Mecklenburg-Vorpommern fungiert, ist informiert worden.

Nahost-Konflikt

Der Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hatte auch Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland und sorgte auch für Reaktionen innerhalb der unterschiedlichen Phänomenbereiche in Mecklenburg-Vorpommern. Die Verfassungsschutzbehörde informierte anlässlich dieser Lage fortwährend über die Entwicklungen.

Europa- und Kommunalwahlen 2024

Über die am 9. Juni 2024 stattgefundenen Wahlen wurde sowohl im Vorfeld als auch im Nachgang seitens des Verfassungsschutzes Mecklenburg-Vorpommern im Hinblick auf gefährdungsrelevante Erkenntnisse von Extremisten während der Wahlkampfzeit berichtet.

Die Parlamentarische Kontrollkommission

Dr. Harald Terpe
Vorsitzender

Michael Noetzel
Stellvertretender Vorsitzender